

DVCK e. V. - Postfach 1565 - 61285 Bad Homburg
01015010 976700



Frankfurt, den 22. April 2013

man fragt sich unwillkürlich: Wofür werden eigentlich die Jugendschutzbehörden bezahlt?

Während ich Ihnen heute schreibe, werden die Jugendschutzbestimmungen immer lockerer gehandhabt.

Inzwischen ist das Internet ein wichtiger Kanal zur Verbreitung der perversesten Formen von Pornographie geworden – ohne irgendwelche Schranken und Barrieren für unsere Kinder!

In Filmen „Ab 12“ sind Gewalt- und Erotikszenen zu sehen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären.

In Fernsehserien „Ab 16“ können schon massenhaft Erotikszenen und noch heftigere Gewalt auftreten.

All das, obwohl inzwischen eine Studie erschienen ist, von der sie möglicherweise schon gehört haben, die den Zusammenhang zwischen Fernsehen und Kriminalität dokumentiert.

Doch das vielleicht Alarmierendste von allem: Das Internet ist auch der wichtigste Ort, wo Kinder von Pädophilen aufgelauert werden.

Das sind nur wenige Beispiele über den desolaten Zustand des Jugendmedienschutzes in Deutschland.

Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur (DVCK) e. V.

Postfach 1565 - 61285 Bad Homburg - Tel. 06172 / 680 41 70 - Fax: 06172 / 680 41 71
Bankverbindung : Postbank Frankfurt am Main - BLZ 500 100 60 - KtoNr. 615110-606

Wir müssen dafür sorgen, dass der Jugendmedienschutz eine wichtige Rolle im beginnenden Wahlkampf für die Bundestagswahl am 22. September 2013 einnimmt.

Deshalb bitte ich Sie, mir heute noch die beiliegenden „Mindestforderungen für den Jugendmedienschutz im Wahljahr 2013“ zurückzuschicken.

Geben Sie jetzt diesen Mindestforderungen die notwendige Unterstützung durch Ihre Unterschrift und die Unterschrift Ihrer Freunde und Bekannten.

Aber auch ein weiterer Aspekt wird dabei besonders deutlich:

Das Christentum wird in vielen Medien ständig durch eine Flut von Blasphemie verspottet.

Nicht nur das: Über das Christentum wird meist negativ berichtet und es werden systematisch Feindbilder benutzt bzw. aufgebaut.

Das Ziel ist offensichtlich:

Das Christentum soll anhand dieser Hetzkampagnen an den Rand gedrückt werden, damit es überhaupt keinen Einfluss mehr in Politik und Gesellschaft besitzt.

Wir haben es mit einem Simultan-Angriff auf unsere Kinder zu tun.

Übelste Gotteslästerungen und hetzerische Schmähungen dürfen nicht zu den Kindern gelangen.

Aber die Schmähungen werden nur verhindert, indem sich die christliche Basis rührt.

Deshalb bitte ich Sie, an dieser wichtigen Aktion teilzunehmen und uns heute noch die beiliegenden „Mindestforderungen für den Jugendmedienschutz“ der Aktion „Kinder in Gefahr“ zurückzuschicken.

Werden Sie so in dieser entscheidenden Phase des Wahlkampfes aktiv für die Zukunft unserer Kinder.

Insbesondere im Umgang mit der Musikgattungen „Death-Metal“ und Black-Metal“ kann man erkennen, wie lax in Deutschland der Jugendmedienschutz gehandhabt wird.

Was Kinder und Jugendliche da an Gotteslästerung, antichristlichem Hass, Gewaltverherrlichung und Sadismus zu hören bekommen, spottet jeder Beschreibung.

Auf dem Deckblatt der CD „Triumph of Sin“ (Triumph der Sünde) der Gruppe „Rawage“ ist die realistische Zeichnung eines Geschlechtsaktes zwischen einem gehörnten Teufel in Ketten und einer nackten maskierten Frau abgebildet.

Die schwedische Band AEON – von SONY vertrieben – spezialisiert sich auf besonders hasserfüllte Musik. In Ihrer letzten CD geht es um „Glowing Hate“ (Glühender Hass), „I Wish You Death“ (Ich wünsch Dich tot), „Die By My Hands“ (Sterbe durch meine Hände) – also blanker Hass bis hin zur Vernichtung!

Das wichtigste Infoportal für Heavy-Metal-Musik, Metal.de, beschreibt die Songs von Aeon folgendermaßen: „Wenn man die Schweden AEON als eine der blasphemischsten Bands im Death-Metal-Untergrund bezeichnet, hat das natürlich seine Berechtigung: Wie schon auf den vorangegangenen drei Alben werden auch auf dem neuen Werk „Aeons Black“ in den Texten reihenweise Christen ans Kreuz genagelt . . .“

Ich frage Sie: Warum machen die Politiker so wenig gegen diese Medienverschmutzung, welche die deutschen Heime tagtäglich überflutet?

Eines steht fest: Jugendmedienschutz gehört mit auf die ersten Plätze der Politik.

Und wir selbst müssen dafür sorgen, dass dies geschieht.

Deshalb bitte ich Sie, mir heute noch die beiliegenden „Mindestforderungen für Jugendmedienschutz“ unterschrieben zurückzuschicken.

„Kinder in Gefahr“ wird diese „Mindestforderungen“ weit verbreiten und sich an Kandidaten, Persönlichkeiten und sonstige Politiker wenden, um eine Bewegung für das Leben zu bilden.

Ich plane eine massive Verbreitung per Brief-Massensendungen, Anzeigen und vor allem durch das Internet.

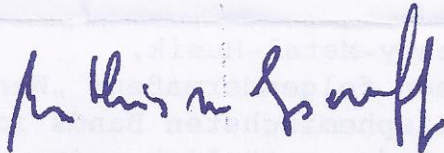
Wir können viele Menschen von der Notwendigkeit eines verbesserten Jugendmedienschutzes überzeugen, damit auch sie an unseren Aktionen teilnehmen.

Die besonderen Anstrengungen während der Wahlkampfzeit beginnen aber, unsere Ressourcen völlig zu erschöpfen – ohne eine besonders großzügige Unterstützung von Ihnen werden wir es deshalb nicht schaffen können.

In diesem wichtigen Moment müssen wir einen Schritt nach vorne tun, um eine bessere Zukunft für unsere Kinder zu erringen.

Unterschreiben Sie bitte Ihre „Mindestforderungen für den Jugendschutz“ und unterstützen Sie diese Aktion mit Ihrer bestmöglichen Spende von 50 oder 25 Euro.

Mit freundlichen Grüßen



Mathias von Gersdorff

PS: Der Zustand in vielen Medien ist unerträglich. Die Politik muss handeln und diese wahre Sintflut von moralischem Müll eindämmen.

Dafür ist der Druck der christlichen Basis während des Wahlkampfes notwendig, denn ohne Druck tut sich nichts in der Politik.

Verlieren wir keine Zeit! Senden Sie uns bitte heute noch die unterschriebenen „Mindestforderungen für den Jugendschutz im Wahljahr 2013“.

Helfen Sie uns bitte auch mit Ihrer bestmöglichen Spende von 50 oder 25 Euro, damit wir während des Wahlkampfes wirkungsvoll auftreten können.



„Mindestforderungen der Aktion KINDER IN GEFAHR für den Jugendmedienschutz im Wahljahr 2013“

Sehr geehrte Kandidaten für die Bundestagswahl 2013,

die existierenden Gesetze sind nicht ausreichend, um Kinder und Jugendliche vor schädlichen Einflüssen seitens der Medien zu schützen. Die Gefahren für die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen werden heruntergespielt bzw. verkannt. Absolut unzureichend ist der Schutz vor pornographischen Darstellungen, Horror, Satanismus und Gewaltverherrlichung in Internet, Fernsehen und sonstige Medien. Die immer bedrohlicher werdende Flut von Blasphemie und antichristlicher Hetze ist ebenso erschreckend. Auch die Religionsbeschimpfung wirkt sich negativ auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus. Blasphemie erhält damit eine jugendschutzrelevante Dimension.

- 1 Der Gesetzgeber muss offensiv die Gefahren des **Internets** angehen. Vor allem muss entschlossen gegen die offen zugängliche Pornographie sowie die Annäherungsversuche von Pädophilen vorgegangen werden. Sperrungen und Zugangsbeschränkungen dürfen kein Tabu sein.
- 2 Die Festlegung der **Altersbeschränkungen** für Filmproduktionen ist mit den Jahren immer laxer geworden. In Filmen und Fernsehseien „Ab 12“ sind Gewalt- und Erotikszene zu sehen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären. In Produktionen „Ab 16“ können schon massenhaft Erotikszene und noch heftigere Gewalt auftreten. Die Praxis der Freigabe und ihre Kriterien müssen überprüft und verschärft werden. Erotik, Horror und Gewaltangebote müssen drastisch beschränkt werden.
- 3 Die **verzerrte und hetzerische Berichterstattung über das Christentum** in vielen Medien wirkt desorientierend und muss vom Jugendmedienschutz beachtet werden. Der Blasphemie-Paragraf (§ 168 StGB) muss konkreter gefasst und die Strafen müssen erhöht werden.



Unterschrift _____ Datum ____ . ____ . ____

Kupon

Roland Regolien
Kar-Erb-Ring 12
88213 Ravensburg

Sehr geehrter Herr von Gersdorff!

- JA!** Unsere „Mindestforderungen für den Jugendschutz im Wahljahr 2013“ müssen zum Thema im Wahlkampf für den Bundestag werden.
- JA!** Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die „Mindestforderungen für den Jugendschutz im Wahljahr 2013“. Für die Verbreitung dieser Mindestforderungen und für die Lobbyarbeit bei den Bundestagskandidaten gebe ich eine Spende von:

50 EUR 25 EUR _____ EUR

Bitte schicken Sie mir _____ Appelle zum Verteilen.

K010150100976700